

Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial

Gedanken zum 1. August 2013



PATRICK FREUDIGER,
VIZEPRÄSIDENT PRO LIBERTATE,
RECHTSANWALT UND STADTRAT,
BERN

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Erfolgsmodell Schweiz in Gefahr

Die EU fordert von uns im Rahmen der bilateralen Vertragsbeziehungen immer unverschämter, dass wir fremdes EU-Recht zu übernehmen haben. Der Bundesrat gibt schrittweise nach und will nun sogar akzeptieren, dass der EU-Gerichtshof bei Streitigkeiten über die Bedeutung einzelner Vertragsbestimmungen das letzte Wort hat.

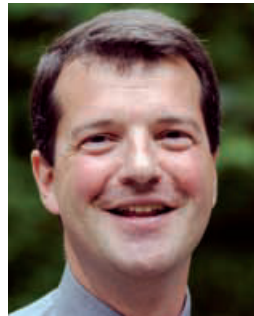
Das Erfolgsmodell Schweiz ist in Gefahr. Als rohstoffarmes Land inmitten eines kriegerischen Kontinents konnte die Schweiz sich nicht deshalb behaupten, weil sie fremdes Recht und fremde Richter akzeptierte, sondern weil sie ihre eigenen Werte hochhielt: Unser Land führte bereits 1874 ausgebaute Volksrechte ein, währenddem die übrigen europäischen Staaten von elitären Denkvorstellungen geprägt waren. Die Schweiz war im 2. Weltkrieg eine Insel des Friedens und der Freiheit, als um sie herum totalitäre Diktaturen wüteten.

Der Weg des Sonderfalls ist erfolgversprechend, aber er erfordert Kraft. Der Bundesrat scheint heute nicht mehr bereit zu sein, diese Kraft aufzuwenden.

ABSCHAFFUNG DER WEHRPFLICHT

Menschenfeindliche Politik

Am 22. September 2013 stimmen wir über die Volksinitiative «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht» ab. Urheberin der Initiative ist die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) – uns PRO LIBERTATE-Mitgliedern eine hinlänglich bekannte Gruppierung. Nach dem zweimaligen Scheitern ihrer Armeeabschaffungs-Initiativen hat die GSoA ihre Taktik geändert. Die SP unterstützt die GSoA tatkräftig.



WERNER GARTENMANN,
EHEMALIGER PRÄSIDENT
PRO LIBERTATE, GEMEINDERAT,
3800 MATTEN B. INTERLAKEN,

mungserfolg der Milizarmee massiven Schaden zufügt.

Die Bundesratspartei

«Solange eine Armee existiert, fordert die SP die Aufhebung der Wehrpflicht» fordert die SP. Und die Bundesratspartei will die Armee ebenfalls abschaffen. Somit ist die Wehrpflicht-Abschaffung ein taktisch klug gewähltes Etappenziel. Also höre man auf, intellektuelle Abwägungen zu treffen, die Abschaffung der Wehrpflicht bedeute nicht Armee-Abschaffung. Solche Argumente können nur Leute vertreten, welche die Neutralität und die sicherheitspolitische Souveränität der Schweiz aufgeben wollen und einen Nato- und/oder EU-Beitritt zum Ziel haben.

Die Absicht

Das aktuelle Parteiprogramm der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP) fordert: «Die SP setzt sich für die Abschaffung der Armee ein. Bis dieses Ziel erreicht ist, soll die Schweizer Armee massiv ab- und umgebaut werden» und «solange eine Armee existiert, fordert die SP die Aufhebung der Wehrpflicht.» Am 22. September 2013 stimmen wir über die Aufhebung der Wehrpflicht ab. Noch einmal: Urheberin der Initiative ist die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), die ihre Taktik geändert hat. Für die finale Zielerreichung – Abschaffung der Schweizer Armee – lässt man sich viel Zeit, Ungeduld wird durch geduldiges Taktieren ersetzt. Derweil verfolgen die Armeeabschaffer Zwischenziele. Diese Ziele werden so gewählt, dass eine Volksmehrheit für das Anliegen durchaus möglich erscheint und der Abstim-

In dieser Ausgabe

- 2 Welche Zukunft für das Schweizer Milizsystem?
- 3 Syriens chemische Waffen
- 4 Die Uiguren: «Für die Freiheit kämpfen!»
Nord-Korea: Erneut ein neuer Verteidigungsminister...
- 5 Was tun gegen die UNO-Giftpfeile?
Leserbrief
- 6 Buchempfehlungen
- 8 Hinweis auf Anlässe



Dass eine linke Fundigruppe wie die GSoA die Wehrpflicht abschaffen will, ist logisch. Schwerwiegender ist die Tatsache, dass die SP den GSoA-Kurs vollständig mitträgt. Immerhin sieht sich die Partei als verantwortungsvolle Regierungspartei. Zu denken gibt auch, dass die Armee-Abschaffung im Parteiprogramm parteiintern keine Wellen schlägt und bis heute keine entsprechende Programmänderung beantragt wurde. Offenbar haben die Ideologen die vernünftigen, Schweiz orientierten Parteigänger voll im Griff.

Perfider Abstimmungskampf

Wir werden uns auf einen intensiven Abstimmungskampf einstellen müssen. Die Armeegeegner werden mit dem Argument «Die Armee stiehlt den jungen Leuten wertvolle Zeit ihres Lebens» auf die Jungen und mit dem Argument «Milliarden für die Armee für die Aufhebung der Lohnungleichheit zwischen Frau und Mann investieren» auf die Frauen wirken. Eine perfide Sache.

Menschenfeindliche Politik

Völlig ausser Acht gelassen wird, dass mit der Abschaffung der Wehrpflicht unsere Armee nicht mehr genügend

geeignete Schweizerinnen und Schweizer rekrutieren kann, um die verfassungsmässigen Aufträge zu erfüllen. Erinnern wir uns an das eingangs erwähnte Etappenziel. Mit der vorsätzlichen existentiellen Schwächung der militärischen Sicherheit wird der Sicherheitsverbund Schweiz torpediert. In ausserordentlichen Lagen (unter anderem Naturkatastrophen und Grossveranstaltungen) sichert immer dieser Verbund den Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung und Infrastruktur. Kein Einzelteil – weder Polizei, Feuerwehr noch Bevölkerungsschutz – kann die dafür notwendige Kraft aufbringen. Wer die Schweizer Milizarmee weghaben will, liefert alle Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes – Betagte, Frauen, Kinder, Flüchtlinge ... – den Gefahren einer Zeit aus, die ein in der Menschheitsgeschichte nie da gewesenes Gefahrenpotential aufweist. Wer – dazu gehört auch die SP – das ignoriert, ist ein Menschenfeind.

Zur Armee stehen – auch zu den Chefs

Die Armee befindet sich in einer schwierigen Situation. Die zu vielen Hauruck-Reformen haben unserem

Wehrwesen zugesetzt. Gesellschafts- und finanzpolitische Rahmenbedingungen wirken immer zuerst auf die Armee. Sparforderungen treffen mit aller Wucht zuerst die Armee. Aus wahltaktischen Gründen unterlassen es Politikerinnen und Politiker die gleiche Sparwut an ausserordentlichen Staatstätigkeiten auszulassen. Ich stehe dazu: Verteidigungsminister Bundesrat Ueli Maurer und Armeechef André Blattmann leisten gute Arbeit. Ich erachte es als nicht zielführend, die Chefs zu attackieren. Noch einmal: Armeepolitik ist – leider – schwierig geworden.

Auftrag erfüllen

Am 22. September 2013 stimmen wir über die Abschaffung der Wehrpflicht ab. Analysieren wir diese Abstimmung im politischen Kontext der Initianten, geht es um die Abschaffung der Armee. Deshalb hat jede verantwortungsbewusste Schweizerin und jeder verantwortungsbewusste Schweizer den Auftrag, alles zu unternehmen, dass ein klares Volksmehr Nein sagt. Wir müssen wieder lernen, auch als Bürgerin und Bürger Aufträge zu erkennen und diese unbeugsam zu erfüllen.

Welche Zukunft für das Schweizer Milizsystem?

Das Schweizer Milizsystem gehört genauso wie die direkte Demokratie zur Identität der Schweiz. Doch die Bereitschaft für Freiwilligenarbeit nimmt ab. Soll das Milizsystem nicht zu einem Mythos verkommen, führt kein Weg an Reformen vorbei.



ANDREAS MÜLLER
VIZEDIREKTOR AVENIR SUISSE, LIC.
PHIL. MAES

Jüngere Studien und Analysen zum Milizsystem und zur Freiwilligenarbeit zeichnen ein eher düsteres Bild. Den Parteien geht die Basis verloren, sie haben immer mehr Mühe, geeignete Kandidaten zu finden. Die Individualisierung, aber auch die globalisierte Arbeitswelt führen dazu, dass die Bereitschaft

für die Milizarbeit abnimmt. Kleinere Gemeinden fühlen sich durch die Verrechtlichung und zunehmende Mediatisierung auch lokaler Ämter überfordert.

Milizsystem setzt engagierte Freiwillige voraus

Mit dem zunehmenden Ineinandergreifen von Arbeits- und Privatwelt will der Bürger nicht noch eine dritte Sphäre, die der Miliz- und Freiwilligenarbeit, in sein Leben integrieren. Der Aufwand für längerfristiges Engagement in Vereinen ist zu gross, die zu erwartende Wertschätzung am Sinken – so könnte die Zusammenfassung lauten. Ideengeschichtlich beruht das Milizsystem auf republikanischen Tugenden. Das politisch-administrative Handeln wird zu einem guten Teil nicht bürokratischen Verwaltungen, sondern nebenamtlich tätigen, ge-

wählten Bürgern übertragen. Das Milizsystem setzt freiwilliges Engagement voraus. Das republikanische Verständnis steht in einem gewissen Widerspruch zu den heutigen individuellen Werten der Bürger. Das Engagement im Milizsystem steht in Konkurrenz zur Freizeitgesellschaft mit ihrem vielfältigen Angebot.

Aber der schweizerische Milizstaat braucht funktionierende Behörden. Im Milizsystem wird die freiwillige Teilnahme von genügend Bürgern vorausgesetzt. Das republikanische Modell, wie es noch Gottfried Keller vorschwebt, das vom Bürger wie selbstverständlich freudige Beteiligungsabsicht erwartete, hat sich in der heutigen realen Schweiz in ein Modell verwandelt, in dem Milizarbeit gewählt werden kann – oder auch nicht.

Ohne Reformen geht es nicht mehr

Ist das Milizsystem überhaupt noch zukunftstauglich, oder verkommt es zunehmend zum Mythos? Würde dies eintreffen, bekäme die Schweiz ein eigentliches Identitätsproblem, gilt doch das Milizsystem neben der direkten Demokratie und dem Föderalismus als zentraler Bestandteil des

schweizerischen Selbstverständnisses.

Was wären die Folgen einer weiteren Schwächung des Milizsystems? Was bliebe von der republikanischen Idee einer Schweiz, die vom Engagement ihrer eigenen Bürger lebt? Bestünde dieses zusätzliche Engagement nur mehr darin, dass man vierteljährlich brieflich abstimmt, falls man gerade Zeit und

Lust dazu hätte? Würden die Staatsbürger vermehrt zu passiven «Staatskunden»? Würde man das Interesse der Schweiz in erster Linie gleichsetzen mit allem, was einem selbst und seiner Familie nützt?

Die Politik kann es sich nicht (mehr) leisten, hierzu einfach Sonntagsreden zu halten. Auch die Wirtschaft wird sich die Frage stellen

müssen, was ihr das Milizsystem wert ist. Grund genug, genau diese Frage in Zukunft zu einem grossen Thema zu machen und nach möglichen Antworten zu suchen. Erste Lösungsansätze finden Sie auch bereits im Buch «Ideen für die Schweiz».

Syriens chemische Waffen

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

In einem dortigen Ort erfolgte vor kurzem ein Zwischenfall mit jenen Teufelswaffen, wobei der Urheber unklar blieb und überhaupt nach der kurzen Meldung ein vielsagendes Schweigen einsetzte. Dabei besteht einer der gegenwärtig grössten Ängste der westlichen Welt in der drohenden Gefahr, dass das Assad-Regime vor seinem Sturz noch ABC-Waffen selbst gegen die eigene Bevölkerung einsetzen könnte. Bis zum vergangenen Jahr hatte Damaskus jegliche Herstellung und jeden Besitz krampfhaft geleugnet; ebenso war Syrien als eine der sehr wenigen Länder niemals der Chemical Weapons Convention (CWC) beigetreten. Letztes Jahr erfolgte dann ein indirektes Eingeständnis, als ein Sprecher des syrischen Aussenministeriums Pläne eines solchen Einsatzes scharf dementierte und sie nur auf «feindliche Aggressoren» beschränkte. Indes wusste der vor Monaten – mit Hilfe der CIA? – übergelaufene Generalmajor Adnan Sillu glaubhaft von internen Gesprächen in der syrischen Militärspitze zu berichten, die sehr wohl die Verwendung von C-Waffen sowohl gegen die Opposition als gegen Zivilisten vorsehen. Es war kein Zufall, dass Anfang dieses Jahres US-Präsident Obama von wachsender Besorgnis sprach; ihr Einsatz sei eine «Rote Linie», welche zu «Aktionen» der USA führen würden – was immer das auch heissen mag.

Kurz vor Weihnachten letzten Jahres stellte eine der «Freien Syrischen Armee» nahestehende Gruppe erstmals einen geflüchteten Hauptmann vor, der bisher innerhalb des syrischen Chemie-Waffen-Netzwerkes gearbeitet hatte. Er sprach vom Bau spezieller Fahrzeuge, die jene C-Waffen transportieren können und äusserlich als Mercedes- und Volvo-

Lastwagen getarnt wären; ihre Anzahl schätzte er auf zehn bis 15 Autos. Wesentlich wichtiger war seine Mitteilung, vor geraumer Zeit hätten zwei hohe syrische Offiziere aus einer geheimen Basis in Nasiriyah (60 km nordöstlich von Damaskus) rund 100 kg Wirkstoffe für chemische Waffen in Richtung Libanon gefahren. Dort hätten zwei Libanesen eine Einführung in deren Herstellung bekommen – angeblich für die Dauer eines Jahres. Westliche Beobachter sehen darin eine schwerwiegende Gefahr der Weitergabe an die Hezbollah, welche im globalen Terroristen-Milieu eine wichtige Rolle spielt. Wenn jene tatsächlich in den Besitz von C-Waffen käme, wäre dies eine sehr ernste Bedrohung der gesamten Welt! Bemerkenswert an der Basis in Nasiriyah ist nicht zuletzt der häufige Besuch von Maher al-Assad, dem Bruder des Präsidenten, dem die Republikanischen Garden – die Elite-Einheiten des Regimes – unterstehen. Unbemerkt von der politischen Öffentlichkeit im Westen begann Syrien mit dem Aufbau seiner C-Waffen bereits 1971 in Form des «Centre D'Etudes et de Recherches Scientifiques» (CERS) in Damaskus. Unterstützung bekam es von Sowjetrussland und während des Yom Kippur-Krieges zeitweilig auch von Ägypten. Etliche Zeit danach pro-

duzierte das Land erste Wirkstoffe für chemische Waffen und bald direktes Nervengas sowie das sehr schnell tödlich wirkende Sarin. Um 1990 wurden verschiedene agrochemische Fabriken in Einrichtungen zu deren verstärkten Herstellung umgewandelt. Etwa sieben Jahre später hatten die Spionagedienste Israels und der Vereinigten Staaten die Gewissheit, dass Syriens C-Waffen-Programm unter der Leitung von CERS in Damaskus, Homs und Aleppo über Produktions-Einrichtungen verfügt für die Herstellung von Sarin, Senfgas, Tabun und mit grosser Wahrscheinlichkeit auch das giftigste Nervengas VX, welches zum qualvollen Erstickungstod führt. Experten unterstellen, das Land sei in der Lage, jährlich einige Hundert Tonnen chemischer Waffen herzustellen.

Man glaubt, dass Damaskus heute neben Artilleriegranaten besonders die SS-21 Raketen sowie die Scud-Raketen mit C-Waffen bestückte, Gefechtsköpfe ausstatten und verschiessen könnte. Will Assad, wie einst Hitler, wirklich sein eigenes Volk in seinen Untergang mitreissen und der totalen Vernichtung preisgeben? Gegenwärtig laufen in Washington und Amman Verhandlungen mit dem Ziel, dass in einem solchen Fall jordanische Spezial-Einheiten die ABC-Waffen im Nachbarland ausschalten. Deren Standorte sind sämtlich bekannt – angeblich...

General Henri Guisan an seinem letzten Armeerapport

«Die Vorstellungskraft ist eine ziemlich seltene Gabe. Der Grossteil unseres Volkes wird in den kommenden Jahren nicht darüber nachdenken wollen – nicht mehr als 1920, 1930 und sogar später noch –, ob und wie das Land neuerdings bedroht werden könnte. Was wir – vor allem seit 1933 – getan haben, um es aufzurütteln,

um an sein Gewissen und an seine Wachsamkeit zu appellieren, wird immer wieder neu zu tun sein.»

General Guisan im Jahr 1945 an seinem letzten Armeerapport in Bern vor der vereinigten Bundesversammlung über die Aktivdienstzeit 1939-1945.

DIE UIGUREN: «Für die Freiheit kämpfen!»

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Nachrichten aus dem fernen Xinjiang, der westlichsten Provinz der Volksrepublik China, dringen nicht häufig und oft mit gewisser Verspätung in die Aussenwelt. Handelt es sich doch zumeist über den andauernden Widerstand der Uiguren, der dortigen Ur-Bevölkerung dieser flächenmässig grössten Provinz Chinas, gegen die Unterdrückung durch das heutige Peking. So wurde bekannt, dass im März dieses Jahres vier chinesische KP-Funktionäre getötet und acht weitere verwundet wurden; ein Täter konnte verhaftet werden, die anderen entkamen. Vor wenigen Wochen verurteilte ein Gericht 20 Uiguren wegen Mitgliedschaft einer «terroristischen Organisation» (worunter illegale Widerstandsgruppen zu verstehen sind) und wegen «Aufruf zum Separatismus» (also gegen die chinesisch-kommunistische Fremdherrschaft und für die Errichtung eines eigenen Staates), 18 von ihnen erhielten Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren, zwei bekamen «lebenslänglich». Gegen einen weiteren Bewohner der Provinz verhängte ein Volksgericht

in Bayingolin die Strafe von zehn Jahren: Er hatte Online-Chaträume organisiert, «um Separatismus, Gewalt und religiösen Extremismus zu verbreiten». In einem anderen Fall hatte ein Kreis das uigurische Programm des amerikanischen Senders «Radio Freies Asien» abgehört und dann über Internet seine Landsleute aufgefordert, «sich einer Anpassung an die Chinesen zu widersetzen und für die Freiheit zu kämpfen». Vom Volksgericht Kashgar wird gegenwärtig gegen vier Gruppen mit 19 Uiguren die Anklage vorbereitet, diese sollen per Videos für ost-turkestanische Widerstandsgruppen geworben, Waffen angekauft und Attentate geplant haben. Xinjiang hat eine leidgeprüfte Geschichte auszuweisen: Mitte des 18. Jahrhunderts wurde dieses islamisch geprägte alte Turkvok im Osten Turkestans vom chinesischen Kaiserreich annektiert, während 1865 Russland den westlichen Teil des Landes besetzte. 1944 riefen muslimische Gruppen mit Unterstützung Stalins erneut die «Republik Ost-Turkistan» aus, um fünf Jahre später jedoch von chinesischen Kommunisten okkupiert zu

werden. Eine aggressive Ansiedlungspolitik Pekings mit Han-Chinesen liess die zehn Millionen Uigurer inzwischen zu einer Minderheit in ihrer eigenen Heimat werden, zumal sie in ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrer Religionsfreiheit und sogar in der Berufswahl benachteiligt werden. Als Anfang der 1990er Jahre die einstigen Sowjet-Republiken Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan (das einstige West-Turkistan) unabhängig wurden keimte auch bei den Uiguren in China die Hoffnung auf eine gemeinsame uigurische Republik, doch wurde ihr Freiheitsdrang in nicht wenigen Aufständen vom Pekinger Militär gnadenlos unterdrückt: Bei einem Aufruhr 1997 in Ily verschwanden rund 8000 Rebellen, in der Hauptstadt Urumchi 2009 gab es bis zu 1000 Erschossene und rund 3000 Verhaftete. Bis heute ist dieser Widerstand nicht verstummt, nach wie vor scheint der Wunsch nach Freiheit und Unabhängigkeit ungebeugt zu sein. Dass die Pekinger Spionage in den letzten zwei Jahren verstärkt gegen in Europa lebende Exil-Uiguren vorgeht, wird kein Zufall sein...

4
5

Nord-Korea:



Bild: Nordkoreanisches Staatsfernsehen

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Als Ende 2011 in Pjöngjang der Diktator Kim Jong-il verstarb und seinem Sohn Kim Jong-un die Macht über die «Demokratische Volksrepublik Korea» vererbte, fungierte Kim Yong-chun als Verteidigungsminister. Er hatte zwar an der sowjetischen Militärakademie in Kirgisien studiert, doch erwies er sich als überaus treuer Gefolgsmann Kim Jong-ils, um nach dem Tode dessen Vaters Kim Il-sung seine Machtbasis zu festigen. Schon gleich nach dessen Ableben be-

Erneut ein neuer Verteidigungsminister...

zweifelten Korea-Experten, ob er auch dem neuen Diktator die Treue halten würde, tatsächlich wurde er vergangenen Herbst in aller Stille von seinem Posten abgelöst. Sein Nachfolger wurde der ebenfalls 75 Jahre alte Kim Kyok-sik, der als Hardliner bekannt und angeblich für die nordkoreanischen Provokationen (Versendung einer Korvette und Beschuss einer Insel Südkoreas) verantwortlich war. Eigentlich hätte seine Haltung gut der gegenwärtig recht kriegerischen Politik seines Diktators entsprochen, doch wurde er letzten Montag nach nur achtmonatiger Amtszeit entlassen. Wie fast immer in Diktaturen wurden die wahren Gründe hierfür nicht mitgeteilt. Nach Mutmassungen waren es der grosse Altersunterschied zum 29 Jahre jungen Kim Jong-un. Denn der neue Verteidigungsminister Jang Jong-nam ist lediglich etwa 55 Jahre alt. April 2002 beförderte man ihn zum General und November 2011 zum Zwei-Sterne-General. Er

führte im verganegenen Jahr das erste Armeekorps an die Front zu Südkorea; sonst ist kaum Wichtiges über ihn bekannt. Drei Verteidigungsminister in knapp 17 Monaten ist überaus ungewöhnlich! Das lässt zwangsweise auf Rivalitäten, Intrigen und grössere Unruhen in der Armee schliessen, welche gerade in gefährlichen Zeiten geschlossen sein und vor sich eine beständige, einheitliche Führung haben sollte. Bricht hier das alte Misstrauen zwischen der kommunistischen (?) Staats-Partei und dem Militär wieder auf? Ist es die letztlich fehlende Achtung vor Kim Jong-un, der noch nicht 30 Jahre alt ist und niemals ein wahrer Soldat war? Weiss er überhaupt, dass auf seinen Vater Kim Jong-il zweimal ein – missglücktes – Attentat vom nordkoreanischen Militär verübt wurde? Es ist höchstes Staatsgeheimnis in Nordkorea und dürfte bis heute dort kaum zehn Personen bekannt sein...

Was tun gegen die UNO-Giftpfeile?

DR. ROLANDO BURKHARD, BERN

Die UNO zieht die Schweiz wieder einmal tief in den Dreck

Der UNO-Berichtersteller für die Versammlungsfreiheit, der Kenyaner Maina Kiai, übt in seinem Bericht an den UNO-Menschenrechtsrat scharfe Kritik am Genfer Kundgebungsgesetz. Er ortet in Genf schwere Einschränkungen der Versammlungsfreiheit und stellt unseren Schweizer Kanton auf die gleiche Stufe wie Ägypten, Bahrain, China, Syrien und Weissrussland (seinen Heimatstaat Kenya erwähnt er lustigerweise nicht).

Nun, neu ist das keineswegs. Noch nicht lange ist es her, als der UNO-Berichtersteller zu Rassismus, der Senegalese Doudou Diène, der Schweiz Rassismus und Diskriminierung vorwarf (in seinem Heimatstaat Senegal hingegen sind solche Schändlichkeiten natürlich völlig unbekannt).

Soll man sich darüber aufregen...?

Natürlich stellt sich die berechtigte Frage, ob man sich denn über solchen Unsinn überhaupt aufregen sollte. Muss es uns kümmern, dass irgend ein dahergelaufener Schwarzafrikanischer UNO-Delegierter die Schweiz derart grossmäulig abkanzelt? Ich glaube schon, dass wir

solchem Tun Beachtung schenken sollten. Dies aus zwei Gründen.

Ja unbedingt, denn...

Erstens kommen die dem afrikanischen Busch entronnenen UNO-Delegierten schon gar nicht selber auf solch irrwitzige Ideen; die werden ihnen von einschlägigen einheimischen linken Gruppen und Organisationen fleissig eingeflüstert. Die armen Schwarzafrikaner dienen diesen Organisationen lediglich als «nützliche Idioten», um über die Transmissionsriemen der UNO-Gremien ihre eigenen Ideen an die grosse internationale Glocke zu hängen. Das ist seit langem bewährte linke Taktik.

Zweitens: Da die Schweiz unglückseligerweise ebendiesen UNO-Gremien angehört, müssen dann unsere Vertreter dort auftreten, um sich für die schweizerischen «Verfehlungen» zu entschuldigen oder bestenfalls hilflos zu rechtfertigen und Besserung zu versprechen. Diese «Besserungen» werden sodann – nunmehr international untermauert und deshalb zwingend nötig – parlamentarisch durchgedrückt.

Was haben wir denn in den UNO-Gremien noch zu suchen?

Andere Staaten, wie etwa die USA, boykottieren solch dogmatisch unterwanderte UNO-Gremien schon

seit langem und kümmern sich keinen Deut um deren Verlautbarungen. Wir hingegen nehmen nicht nur deren Palaver äusserst ernst, sondern unterstützen sie erst noch finanziell grosszügig und beherbergen sie (etwa den UNO-Menschenrechtsrat) in Genf. Ich verzichte bewusst auf die Auflistung der Millionenbeträge, die wir der UNO und ihren Unterorganisationen entrichten; um nicht dafür verantwortlich gemacht zu werden, wenn aufgebrauchte Bürger den Entscheidungsträgern – metaphorisch ausgedrückt – den Hals umdrehen.

Raus aus der UNO?

Überhaupt stellt sich die Frage, was wir denn in der UNO noch zu suchen haben, deren Mitgliedschaft uns Unmengen Geld kostet und nur Scherereien bereitet.

Aber ja, eben. Das Schweizer Volk hat halt dem UNO-Beitritt zugestimmt. Doch ist damit das letzte Wort gesprochen? Der Vorgängerorganisation der UNO, dem Völkerbund, waren wir seinerzeit auch beigetreten, sind dann aber vernünftigerweise wieder ausgetreten.

LESERBRIEF

Lieber Friedrich-Wilhelm

habe herzlichen Dank für «Mein Leben...» Ich habe selten einen solchen trefflichen Bericht über die Zustände der Jahre 1945-1989 gelesen, wie diese Seiten. Ich gratuliere Dir dazu, ich habe das Büchlein verschlungen. Man fragt sich wirklich, wie konnte so etwas über lange Zeit sein Wesen treiben. Die Lage war meines Erachtens dadurch gegeben, dass die USA und wohl auch SU eines verhindern wollten, dass in Europa wieder solch ein Krieg entflammt, der eine totale Weltkatastrophe werden kann. Man sah über manches Schlimme hinweg, um diese Katastrophe zu verhindern. Natürlich hat man, viel-



leicht politisch, manches versäumt, was uns das Leben erleichtert hätte. Und das Geschehene vom 9. November 1989 war ein Geschehen,

was auch uns die Tränen in die Augen treibt bis auf den heutigen Tag! Wir sehen darin ein Wunder Gottes. Heute kommt es darauf an, wie wir mit dem «Geschenk der Geschichte» umgehen. Es sollte immer im Denken neuer Wege mit dabei sein. Darin sind wir nicht aufmerksam genug. Das gilt nicht nur für die «politische Klasse», sondern das gehört in das Bewusstsein aller. «Wir sind nochmal davon gekommen!» Das erfordert viel Aufmerksamkeit. Und dazu ist dieses Buch eine gute Lektüre. Habe Dank für den «Erinnerungs-Wecker» für ganz Deutschland!

Winfried Petersen,
Schwerin (Deutschland)

Schon vorbeigesurft? www.prolibertate.ch

Nachteil Erbschaftssteuer

Schattenseiten einer politischen Verlockung

6
7

Der Wohlfahrtsstaat steht unter Druck. Ständig steigende Ausgaben führen zu immer höheren Schuldenbergen. Die Politik sucht verzweifelt nach neuen Staatseinnahmen, Steuererhöhungen sind europaweit an der Tagesordnung. In der Schweiz wird die Frage einer bundeseinheitlichen Erbschaftssteuer wieder aktuell. Die Erbschaftssteuer stösst in allen politischen Lagern auf eine gewisse Sympathie: Der Todesfall ist ein bequemer Erhebungsanlass. Erben gelten als Glückspilze, die ihren Vermögensgewinn nicht wirklich verdient haben. Und die Anhäufung von Vermögen über Generationen

hinweg wird oft mit Skepsis betrachtet. Zu Recht?

Ausgewiesene Experten erklären in diesem Band, warum die Erbschaftssteuer eine besonders ungerechte und ineffiziente Steuer ist, warum das Erbe eine zentrale Stütze unserer Wirtschaftsordnung ist, und warum einer Steuer auf das Erbe die ethische, wirtschaftliche und rechtliche Legitimation fehlt.

Wichtige und schlagkräftige Argumente gegen einen besonders schädlichen Angriff auf das Eigentum der Bürger.

Bestelltalon auf Seite 8



Mit Beiträgen von Pierre Bessard, Christoph Schaltegger, Andrea Opel, Reiner Eichenberger, Peter Ruch und Robert Nef.

Edition Liberales Institut,
132 Seiten, CHF 19.80

Mut zur Kursänderung nach 10 Jahren sicherheitspolitischer Irrfahrt



THEO BIEDERMANN, CHAM

Die Schweizerische Sicherheitspolitik steht 10 Jahre nach der Abstimmung über die Armee XXI vom 18. Mai 2003 und nach dem Scheitern dieser Armeeerform an einem Wendepunkt. Die einst funktionstüchtige Schweizer Miliz-Verteidigungsarmee ist in den letzten 20 Jahren durch eine Reihe von Fehlentscheiden bürgerlicher Bundesparlamentarier demontiert und an den Rand des Abgrundes gedrängt worden. Diesen Prozess stoppen will die Gruppe Giardino, u.a. durch ihr soeben erschienenenes Buch unter dem Titel «Mut zur Kursänderung». Die Gruppe Giardino ist eine unabhängige Vereinigung von Bürgern, welche sich für den Erhalt einer glaubwürdigen Milizarmee auf der Basis der allgemeinen Wehr-

pflicht einsetzt. Das Buch «Mut zur Kursänderung» zeigt nach dem St. Galler Universitätsprofessoren Dr. oec. Rolf Dubs, einem bekannten ehemaligen Milizbrigadekommandanten, nicht nur die Schwächen der aktuellen schweizerischen Sicherheitspolitik auf, sondern legt auch einen umsetzbaren Acht-Stufen-Plan vor, der einen stufenweisen Wiederaufbau einer zeitgemässen Armee vorsieht. Die heutige Armee kann mit ihrem Truppenbestand und ihrer Ausrüstung den Verteidigungsauftrag, den sie gemäss Artikel 58 unserer Schweizer Bundesverfassung hat, nicht mehr wahrnehmen. Die Schweizer Armee ist momentan auch nicht mehr in der Lage innert notwendiger Frist grössere Bestände an Truppen anzubieten. Dabei ist das rechtzeitige, gestaffelte Truppenaufgebot und eine rasche und vollständige Ausrüstung mit Fahrzeugen, Material und Munition die erste und wichtigste Operation einer Armee überhaupt, welche gelingen muss. Die Schweizer Armee hatte noch bis Ende der 90-er Jahre eine mustergültige und vom Ausland bewunderte Mobilmachungsorganisation, welche jedoch mit der Armeeerform XXI im Jahre 2003 aufgehoben wurde. Mit der vom Bundesrat beschlossenen Weiterentwicklung der



Armee (WEA), die viel mehr einer weiteren Entwaffnung der Armee (WEA) bzw. Abrüstung der Armee gleicht, versucht man nun zwar teilweise begangene Fehlentscheide wieder auszumerzen. So sollen Material, Munition und Fahrzeuge wieder mehr dezentralisiert werden und durch ein gestaffeltes Aufbieten von Truppenteilen soll wechselnden Gefahrenlagen Rechnung getragen werden. Jedoch kann der Anzahl in Krisensituationen zu schützenden Infrastruktur-Objekten unseres Landes wie z.B. Kraftwerke, Verkehrs- und Kommunikationseinrichtungen sowie wichtigen Industrieanlagen

schon mit den heutigen aktuellen Truppenbeständen nicht ausreichend begegnet werden. Eine weitere Halbierung der Truppenbestände, wie es die eben erst angekündigte Weiterentwicklung der Armee vorsieht, macht das bereits halbleere Glas nicht voller. Der Illusion, nach dem Fall der Berliner Mauer sei der ewige Friede in Europa ausgebrochen und daher brauche es für unse-

ren neutralen Staat keine Armee mehr, muss die schwierige Wirtschaftslage in Europa und die allgemein explosive Weltlage entgegengehalten werden. Ein zweiter kalter Krieg ist im Gange, bei dem rücksichtslos um Rohstoffe und um finanzielle Interessen gekämpft wird. Europa droht zwischen Nordamerika und Asien zerrieben zu werden. Unser Land ist dadurch gefährlich

erpressbar geworden. Das Buch «Mut zur Kursänderung» zeigt auf, wie unser Land die strategische Handlungsfähigkeit wieder zurückgewinnen kann. Die Bestellung des Buches kann für Interessierte online über die Homepage www.gruppegiardino.ch unter dem Stichwort «Standpunkte» erfolgen.

DDR-Spionage gegen die Schweiz

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN,
KÖNIGSWINTER/BONN

Die Eidgenossenschaft war während des Kalten Krieges neutral, gehörte nicht der NATO an und konnte nie eine Bedrohung für den Sowjetblock darstellen. Dennoch mussten Schweizer Zeitungen immer wieder über die unterschiedlichsten Methoden besonders der DDR-Spionage und deren politisch-ideologischen Beeinflussungsbemühungen berichten. Inzwischen weiss man, dass die verschiedenartigen Gefahren durch den Kommunismus für die Schweiz grösser waren als damals angenommen wurde. Die Forderung nach staatlicher Erforschung dieser Unterwanderungsversuche lehnte das Parlament leider 1995 ab mit der Begründung, es «befürchte Schwierigkeiten mit der Durchführung», sie sollte von Universitäten und Historikern untersucht werden. Damals begann der Autor mit seinen ersten Recherchen in 14 Archiven Berns und Berlins; in Paris, London und Washington erhielt er offensichtlich keine Einblicke, dabei gehen die Festnahmen des Brigadiers Jeanmaire und des Spionen-Ehepaars Wolf auf deren Nachrichtendienste zurück. Auch standen dem Verfasser keineswegs alle eidgenössischen Akten zur Verfügung, so dass sein jetzt erschienenes Buch auch nicht eine Vollständigkeit anstrebt – kein Land gibt seine grössten Staatsgeheimnisse preis. So beschränkt er sich mit der Darstellung von 13 der insgesamt rund 500 Spionagefällen (wobei zweifellos etliche bis heute unentdeckt blieben). Ist es nationales Schamgefühl, dass er den Zürcher Elektrohändler Edwin B. verschweigt – dem die DDR-Spionage ihre gesamte moderne Technik verdankt? 1989 wurde er von seinen bisherigen Geldgebern selber an den Westen verraten...

Spion in der Schweiz zu werden, war für manchen jungen politisch überzeugten DDR-Bewohner ver-

lockend. Bei Joachim Staritz, der aus politischen Gründen in der DDR zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, genügte der Wink auf sofortige Freilassung. War es Angst oder Dankbarkeit, jedenfalls hielt er in manchen Schweizer Städten Propaganda-Vorträge über die DDR vor Links-Intellektuellen, kommunistisch denkenden Studenten sowie linken Radioredakteuren und gab Ost-Berlin zugleich Hinweise auf Schweizer: «Ich schätze ein, dass diese Menschen sich für eine konspirative Arbeit eignen» – eine schön klingende Formulierung für Spionage!

Eine Einschleusung nach Helvetia erfolgte zumeist unter der Identität von nichts ahnenden Auslandsschweizern in der DDR, die mit gut gefälschten Dokumenten bei der Schweizer Botschaft in Berlin ihren Wunsch nach «Rücksiedlung in ihre Heimat» baten. So kam etwa ein Offizier des Militärischen Nachrichtendienstes der DDR B. Wolf als der Auslandschweizer Kälin nach Winterthur und heiratete bald eine im deutschen Freiburg lebende Journalistin, die in Wahrheit seit fast 20 Jahren seine Ehefrau war. Ein anderer Agent behauptete, als Schweizer fände er in der DDR keine Position und bewarb sich bei Schweizer Firmen, die für Talsperren oder die Zivilverteidigung wichtig waren; dass keiner der dortigen Personen bei seinen Besuchen Verdacht auf Spionage hatten, räumt der Autor ein. Auch Staritzs Kontakte zu einem hohen Bundesbeamten in Bern blieben von der Bundespolizei unbeobachtet, Sicherheitsüberprüfungen blieben ein «Papiertiger» und er selber nahm seine Treueverpflichtung gegenüber der Schweiz nicht allzu ernst.

Ziel der Ausspähung waren die Berner Politik, das Militär und die Wirtschaft mit ihrer Technik. Eine «Feind-Organisation» (so Stasi-Jargon) stellte der «Glaube in der 2. Welt» dar, wie alle Gruppierun-



gen, die sich für verfolgte Christen einsetzten. Der DDR-Theologiestudent Rostig sollte «gegnerische Aktivitäten» in Zürich und speziell die Universität auskundschaften; er muss einräumen, dass DDR-freundliche Studenten «eine sehr kleine Minorität» seien. Unter dem Schleier wissenschaftlicher Sammlung erbat die Deutsche Bücherei Leipzig bei Kantonalbehörden exakte Landkarten und bestimmte Nationalstrassenabschnitte. Auf die eidgenössische Botschaft in Ost-Berlin waren allein sieben Stasi-Agenten angesetzt! Sehr aktiv waren andererseits die diplomatischen Vertretungen des Ostblocks in Bern: Die Sowjetbotschaft warb mehrfach Schweizer an, ihr die nötigen Ausweispapiere zur Einschleusung ihrer Spione in die Eidgenossenschaft zu beschaffen. Dem Militärattaché Moskaus verriet Brigadier Jeanmaire Geheimnisse der Schweizer Armee, zu Recht bezeichnete ihn das Buch als «den grössten Schweizer Landesverräter». Rumänische Diplomaten interessierten sich besonders für Flüchtlinge. Der DDR-Botschafter hatte zwei Aufgaben: «Die Vorzüge des Sozialismus» zu preisen und «den Kampf gegen den Anti-

kommunismus in der Schweiz», er führte dazu recht oft persönliche Gespräche mit Politikern der PdA und des linken Flügels der SPS. Der Gehilfe Walter Bos des DDR-Militärattachés sollte alle Flughäfen (besonders deren Sicherheitslage) und alles Erdenkliche über die Armee, Zoll und die Polizei in Erfahrung bringen. Erstes Beobachtungsobjekt war das Eisdenössische Militärdepartement, über das die Stasi alle Einzelheiten wissen wollte. Im Zusammenhang mit seinem Ladendiebstahl konnte die Bundespolizei Bos «umdrehen»; er verriet die In-

formanten des Militärattachés, darunter einen Grossrat aus Basel, und nannte Namen anderer östlicher Spione. Es war «eine wichtige und erfolgreiche Operation» der Schweizer Abwehr. Die Frage bleibt, warum der Verfasser dabei das Wichtigste verschweigt – ist es noch ein Staatsgeheimnis? Überaus scharf rügt er die prominenten Intellektuellen und die Professoren der Schweiz, welche die DDR als «das bessere Deutschland» priesen und mit ihrer höheren Glaubwürdigkeit dazu beitrugen, in bestimmten Kreisen den Kommu-

nismus salonfähig zu machen. Wer die rote Diktatur aus Naivität, Leichtgläubigkeit unterstützte oder auch wider besseres Wissen die Wahrheit verschwieg, wurde letztlich mitschuldig!
Ein Buch, dem man möglichst viele nachdenkliche Leser wünscht.

Erwin Bischof,
«Verräter und Versager»,
265 Seiten; CHF 48.–
(ISBN 978.3-9524099-1-6)

Die Bestrebungen von **PRO LIBERTATE** für die Erhaltung und die Förderung einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

- Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE
- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen

Literatur zum Bestellen:

- Senden Sie mir Expl. «**General Guisan: Widerstand nach Schweizer Art**» zum Preis von Franken 45.–
- Senden Sie mir Expl. «**Freier Fels in brauner Brandung**» zum Spezialpreis von Franken 29.– (statt Franken 39.–)
- Senden Sie mir Expl. «**Weltgeschichte im Hochgebirge**» zum Preis von Franken 59.–
- Senden Sie mir Expl. «**Verräter und Versager**» zum Preis von Franken 48.–
- Senden Sie mir Expl. «**Sicherheit Schweiz: Lagebericht 2012 des Nachrichtendienstes des Bundes**» zum Preis von Franken 10.–
- Senden Sie mir Expl. «**Armeekalender 2013**» zum Preis von Franken 15.– + Porto
- Senden Sie mir Expl. «**Mein Leben im Schatten der Berliner Mauer**» für Franken 8.–
- Senden Sie mir Expl. «**Erlebter Aktivdienst 1939 – 1945**» für Franken 29.–
- Senden Sie mir Expl. «**Für die freie und wehrhafte Schweiz gegen deren Feinde**» für Franken 35.–
- Senden Sie mir Expl. «**Die Schweiz im 21. Jahrhundert**» für Franken 20.–
- Senden Sie mir Expl. «**Fauvette – die stille Front**» für Franken 15.–
- Senden Sie mir Expl. «**Nachteil Erbschaftssteuer – Schattenseiten einer politischen Verlockung**» für Franken 19.80

Name _____

Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____

Telefon _____

Datum _____

Unterschrift _____

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen

Hinweis auf Anlässe

Referat, 2. Oktober 2013,
Divisionär aD Peter Regli,
19.30 Uhr, Kaserne Bern

PRO LIBERTATE-Ausflug

6. September 2013
exklusive Carfahrt
frühmorgens ab Bern
mit Oberst i GSt Jürg Stüssi-
Lauterburg und seiner
militärhistorischen
Berichterstattung während
der Fahrt nach Disentis.
Anschliessend Festungs-
besichtigung.

! Jetzt anmelden !

**Dürfen wir auch Sie als
PRO LIBERTATE-Mitglied
vorstellen?
Melden Sie sich bei uns:
info@prolibertate.ch**

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in **WIR**
tätigen

Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung

Impressum

Redaktion: Thomas Fuchs, a/Nationalrat
Geschäftsstelle:

Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE,
Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85

Internet: www.prolibertate.ch

E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6-8x jährlich. Leserschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC 30-26847-0

Vorstand

Thomas Fuchs (Präsident), 3018 Bern-Bümpliz
Patrick Freudiger (Vize-Präsident), 4900 Langenthal
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Jürg M. Stauffer (Sekretär), 3063 Ittigen
Nathalie D'Addezio, Stadträtin, 3006 Bern